

Pressemitteilung der GEW Thüringen vom 23.11.2015

GEW Thüringen weist die unsachliche Kritik der Finanzministerin hinsichtlich des dringenden Stellenbedarfs an Schulen scharf zurück

Wir halten unsere Forderung nach jährlich 1000 neuen Lehrer*innen an Thüringer Schulen aufrecht und wünschen uns auch von einer Thüringer Finanzministerin einen sachlichen Umgang in dieser Diskussion. Eine Forderung, die bereits mehrfach vorgetragen wurde, auf die aber bisher kaum eingegangen wurde, hat an ihrer Berechtigung nichts verloren.

Der Vorwurf, dass die GEW Thüringen alte Forderungen auf Kosten der Flüchtlinge benutzt, ist haltlos und gießt Öl ins Feuer der Demagog*innen. Die größte Arbeitnehmer*innenvertretung im Bildungsbereich sorgt sich stattdessen um die Beschulung und Integration aller Kinder und Jugendlichen in Thüringen. Wenn Integration und Inklusion bei gleichzeitig unveränderter personeller Ausstattung angegangen werden sollen, dann ist das die Weiterführung der Mangelwirtschaft zu Lasten der Flüchtlinge. Das kann nicht ernsthaft das Ziel einer rot-rot-grünen Landesregierung sein.

Offenbar kennt Frau Taubert die Zustände an Thüringer Schulen und den nicht gedeckten Personalbedarf nicht oder will ihn nicht kennen. „Eine Landesregierung die sich laut Koalitionsvertrag der guten Arbeit verpflichtet fühlt, kann nicht zugleich die Rahmenbedingungen an Schule verschlechtern und die offenkundigen Mehrbelastungen allein auf den Schultern der Lehrkräfte und Erzieher*innen abladen.“, so Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen. „Das Festhalten an der schwarzen Null verhindert auch bei der neuen Landesregierung dringend notwendige Investitionen in Bildung.“

Auf diese Mehrbelastungen und die nicht ausreichende Personaldecke hat die GEW Thüringen seit Jahren hingewiesen und Verbesserungen angemahnt. Im Einzelnen:

- Die ernst gemeinte Umsetzung eine inklusiven Schule zieht zwangsläufig einen höheren Personalschlüssel nach sich.
- In den kommenden Jahren scheiden deutlich mehr Lehrer*innen aus dem Schuldienst aus, als die avisierten jährlichen 500 Neueinstellungen auffangen können.
- Der hohe Krankenstand wird durch die Vertretungsreserve erst in Ansätzen aufgefangen, es bedarf hier deutlich mehr an solchen Stellen.

Der beschriebene Stellenabbaupfad muss für den Bildungsbereich verlassen werden, denn er verhindert notwendige und langfristig auszahlende Investitionen in Bildung.